

# Luzerner Zeitung

Mittwoch, 27. Dezember 2017

AZ 6002 Luzern | Nr. 297 | Fr. 3.50 | € 4.- www.luzernerzeitung.ch



## Retter auf der Piste

Remo Fallegger bringt in Sörenberg Verunfallte sicher ins Tal. 27

## Es hagelt Vorstösse

**Stadt Luzern** Die Zahl der Vorstösse im Luzerner Stadtparlament ist im aktuellen Jahr stark angestiegen. So sind bis jetzt insgesamt 131 Vorstösse eingereicht worden, 2016 waren es nur 87, 2015 noch weniger, nämlich 60.

Diese Entwicklung ist auf die sogenannte «Öko-Allianz» im Grossen Stadtrat zurückzuführen. SP, Grüne und GLP sind in dieser Legislatur in der Mehrheit und machen besonders vom stärksten Instrument, der Motion, rege Gebrauch. (red) 20

## Drei Projekte in Bearbeitung

**Landesausstellung** Nach dem Aus für eine Ostschweizer Landesausstellung sind derzeit drei andere Projekte in Bearbeitung. Bei einem ist auch Luzern dabei. Zusammen mit neun anderen Städten soll 2027 eine dezentrale Landesausstellung stattfinden, welche die Vielfalt der Schweiz zum Ausdruck bringt. Der Auftrag für eine Projektskizze ging an den Kulturvermittler Juri Steiner. Über seinen Vorschlag soll im Frühjahr 2018 entschieden werden. (red) Kommentar 6. Spalte 5

## EU besorgt über Wahlausschluss

**Russland** Nach dem Ausschluss des prominenten Kreml-Kritikers Alexei Nawalny von der Präsidentschaftswahl in Russland zeigt sich die EU besorgt. Die Entscheidung wecke «ernsthafte Zweifel» am politischen Pluralismus in Russland und der Möglichkeit demokratischer Wahlen im Frühjahr 2018, erklärte eine Sprecherin der EU gestern. Das russische Präsidentschaftsamt betonte dagegen, Nawalyns Ausschluss habe keinerlei Einfluss auf die Legitimität der Wahl. (sda) 7

ANZEIGE

Ich liebe mein Hobby!

**125 JAHRE**  
Voralpenregion

**FEIERN SIE MIT UNS.**  
Voralpenregion

Mein Hobby - Voralpenregion - Alpenstrasse 10 - 6004 Luzern  
Federer das ist Voralpenregion - Hallwilerweg 7 - 6003 Luzern

# Finanzstreit spitzt sich zu

**Luzern** Elf Gemeinden senken auf 2018 ihren Steuerfuss. Für die Regierung ist klar: Die Kommunen brauchen vom Kanton viel weniger Geld. Der Gemeindeverband widerspricht.

Alexander von Däniken

Die Diskussionen um die Aufgaben- und Finanzreform 2018 im Kanton Luzern sind in vollem Gange. Der Regierungsrat will den Kantonsanteil des innerkantonalen Finanzausgleichs um 20 Millionen Franken kürzen. Der Verband der Luzerner Gemeinden (VLG) will aber Kürzungen von nicht mehr als 5 Millionen Franken pro Jahr hinnehmen.

Die Debatte wird jetzt durch neue Zahlen zusätzlich befeuert. Für das kommende Jahr senken 11 der 83 Gemeinden ihren Steuerfuss. Und mit Wikon gibt es nur eine Kommune, deren Steuerfuss steigt. Zum Vergleich: 2016 haben drei Gemeinden beschlossen, auf dieses Jahr den Steuerfuss anzuheben. Entspre-

2,5

Einheiten beträgt 2018 der höchste Gemeindesteuerfuss. Bisher waren es 2,6 Einheiten.

1

Gemeinde erhöht ihren Steuerfuss: Wikon. 2017 waren es drei Gemeinden.

Mit 5 Mio. Franken wollen die Gemeinden den Kanton entlasten.

chend erklärt Finanzdirektor Marcel Schwerzmann: «Diese Entwicklung der rückläufigen Gemeindesteuerfüsse ist sehr erfreulich, weil sie aufzeigt, dass die guten Rechnungsabschlüsse durch die Bevölkerung als nachhaltig beurteilt werden. Es zeigt aber auch, dass die Gemeinden weniger auf kantonale Unterstützung angewiesen sind.» Darum sei eine Reduktion des kantonalen Finanzausgleichs für die Gemeinden «gut vertret- und verkraftbar».

### Verband erinnert an letztes Sparpaket

Der Verband der Luzerner Gemeinden (VLG) ist anderer Meinung. Armin Hartmann ist Finanzverantwortlicher beim VLG, SVP-Kantonsrat und Gemeinde-

ammann von Schlierbach. Er sagt, dass für den Verband nach wie vor die 5 Millionen Franken in Frage kommen. Denn das durchschnittliche Steuerniveau der Gemeinden liege noch immer über jenem von 2012. Damals hatte der Kanton die Unternehmensgewinnsteuern halbiert. Ausserdem drückt laut Hartmann das letzte kantonale Sparpaket KP17 jetzt richtig auf die Gemeindefinanzen.

Christoph Schaltegger, Professor für politische Ökonomie an der Uni Luzern, stärkt der Regierung den Rücken. Die Gemeinden würden ihre Glaubwürdigkeit gefährden, wenn sie einerseits Steuern senken und andererseits dem Kanton nicht mehr Hand bieten, um dessen Finanzlage zu verbessern. 23

Kommentar

## Eine Chance der Expo 2027

**Man erinnert sich an die Argumente im Vorfeld der Abstimmungen zu den Planungskrediten für eine Landesausstellung in den Kantonen St. Gallen und Thurgau.** Eines dieser Argumente, von namhafter Seite geäussert, lautete, die Zeit der Landesausstellungen sei abgelaufen. Es brauche sie in der heutigen Zeit nicht mehr.

Nun ist die letzte Landesausstellung, die Expo.02 in der Drei-Seen-Landschaft, so lange noch nicht her. Mit ihren fünf Ausstellungsgeländen («Arteplages») vermochte sie immerhin 4,2 Millionen Besucher zu mobilisieren, die sich diese Präsentation der Schweiz nicht entgehen lassen wollten. Das ist nicht nichts. Dass dies ein Vierteljahrhundert später schlicht nicht mehr möglich sein sollte, weil sich die Zeiten angeblich grundlegend geändert haben: Diese These ist mindestens gewagt.

Das sehen die drei potenziellen Organisatoren einer Landesausstellung 2027 offensichtlich auch so. In einer Zeit, in der wir digital hochvernetzt sind, sei gerade eine Landesausstellung der Ort, an dem sich eine abstrakte Schweiz in ihrer Vielfalt tatsächlich noch begegnen könne, begründen etwa die Macher von X-27 in Dübendorf die Notwendigkeit einer Expo. Diese Begründung ist so abwegig nicht.

Haben die Ausstellungsmacher jene zündende Idee, die das Potenzial hat, die Menschen zu begeistern und damit zu mobilisieren? Davon und von nichts anderem wird der Erfolg abhängen. Angesichts des grossen Engagements und des Enthusiasmus, mit dem alle drei Teams zurzeit ihr Projekt verfolgen, sollte man nicht jetzt schon den Stab über eine Expo 2027 brechen.



Richard Clavadetscher  
schweiz@luzernerzeitung.ch

## Die letzte Fahrt am Dagmerseller Chrüzberg



**RadSPORT** 42. und letztes Radquerrennen am Stephanstag in Dagmersellen: Bei den Männern siegt Lars Forster (Jona), bei den Frauen Sina Frei (Uetikon am See). Ab nächstem Jahr fahren die Querspezialisten nicht mehr am Chrüzberg, sondern ein paar Steinwürfe entfernt in Pfaffnau. 36

Bild: Pius Amrein (Dagmersellen, 26. Dezember 2017)





# Via Holzbrücke über die Autobahn

**Wildtierkorridor** Der Bund plant im Kanton Luzern drei Passagen, dank denen Rehe und andere Wildtiere die Autobahn queren können. Zwei FDP-Vertreter enervieren sich über die Kosten – es gehe auch günstiger.

**Niels Jost**

niels.jost@luzernerzeitung.ch

Der Bund investiert in den nächsten drei Jahren kräftig in den Bau dreier Wildtierpassagen im Kanton Luzern. Insgesamt hat er dafür 28,7 Millionen Franken veranschlagt. Konkret geht es um die Überführungen der Autobahn A2 in Neuenkirch und Langnau bei Reiden sowie um die Unterführung in Knutwil. Diese sollen es Rehen, Füchsen und Co. wieder ermöglichen, die A2 zu queren.

Die Kosten pro Passage von rund 10 Millionen Franken hält Ständerat Damian Müller angesichts der «angespannten budgetären Verhältnisse» beim Bund für überrissen. In einer Interpellation will er vom Bundesrat ausserdem wissen, ob bei dieser Ausgabenhöhe das Kosten-Nutzen-Verhältnis noch gewahrt bleibt. Der FDP-Politiker fragt sich deshalb: «Ist es effektiv notwendig, auf einer Strecke von 20 Kilometern drei Wildtierpassagen zu erstellen?» Und: «Gibt es Alternativen?»

Dass die Übergänge und Unterführungen auch billiger zu realisieren wären, daran glaubt nicht nur Ständerat Müller. Auch Hans Peter Pfister, seinerseits

ehemaliger FDP-Kantonsrat aus Eich, ist davon überzeugt. Er kennt das Thema, hat er doch für die Schweizerische Vogelwarte Sempach im Jahr 2001 ein Konzept über die Wildtierkorridore in der Schweiz erarbeitet. Schon damals hat sich Pfister für alternative Bauweisen eingesetzt. Er sagt nun auf Anfrage: «Die vom Astra geplanten Bauprojekte sind viel zu teuer. Ein Wildtierübergang aus Holz wäre für 2,5 Millionen Franken möglich.» Für die Überbauung könnte einheimisches Holz verwendet werden. Das würde auch schneller gehen als mit einer Betonkonstruktion, wie sie der Bund vorsieht.

## Holzkonstruktion in Deutschland bereits gebaut

Hans Peter Pfisters Vorschläge für eine Holzbrücke hat der Bund schon vor gut 15 Jahren abgelehnt. «Man befürchtete, dass die Konstruktion bei einem Unfall zu schnell Feuer fangen und einstürzen könnte», sagt nun der Wildtierbiologe.

Tempi passati. Dass die Idee nicht aus der Luft gegriffen ist, zeigt das Beispiel von Wilmshagen, einem Ort vor der deutschen Ostsee-Insel Rügen: Dort wurde mittlerweile eine Wildbrücke

«Die vom Bund geplanten Bauprojekte sind viel zu teuer.»



**Hans Peter Pfister**  
Wildtierbiologe  
und alt FDP-Kantonsrat, Eich

cke aus Holz gebaut, die erste ihrer Art in Europa. Die massive Tragkonstruktion mit über 27 Metern Spannweite würde selbst einem Fahrzeugbrand standhalten, heisst es in der dortigen Baudokumentation. Und

auch die anderen Vorteile einer Holzbrücke, die von Pfister und Müller ins Feld geführt werden, werden von den deutschen Ingenieuren bestätigt. «Aus technischen, funktionalen und wirtschaftlichen Gründen ist eine Holzkonstruktion zu bevorzugen», heisst es weiter. Auch die kurze Montagezeit von zwei Wochen sowie die tiefen Kosten von rund 1,5 Millionen Euro werden erwähnt.

Hans Peter Pfister war bei der Planung der Holzbrücke in Wilmshagen involviert. Die Konstruktion trage sogar Fahrzeuge der Bauern und Förster, die für den Unterhalt der Büsche und Wiesen auf der Überführung sorgen. Pfister: «Gerade im heutigen Zeitalter, in dem die Biodiversität und nachhaltiges Bauen gepriesen werden, wäre eine Holzkonstruktion sinnvoll.» Von einer «besseren Energiebilanz» ist auch in der Baudokumentation zu lesen. Wie der Bund zu einer Holzbrücke über der A2 in Luzern steht, ist unklar. Wegen der noch ausstehenden Antworten auf Müllers Interpellation nimmt man auf Anfrage unserer Zeitung zurzeit keine Stellung. Müller rechnet damit, dass die Antworten im März vorliegen werden.

## Enteignung als «Ultima Ratio»

**Landeigentümer** Die drei geplanten Wildtierpassagen im Kanton Luzern werden teils auf Privatgrundstücken gebaut. Schon bei der Planung der Über- und Unterführungen wurden die Landeigentümer involviert. Nicht alle waren jedoch mit dem Vorhaben des Bundes einverstanden. Dieser wies die Betroffenen darauf hin, dass er sogar vom Enteignungsrecht Gebrauch machen könnte, sofern keine bilaterale Lösung gefunden werde. Eine Enteignung kann veranlasst werden, um etwa die Schutzziele von Biotopen zu erreichen. Dazu gehören auch die Wildtierkorridore.

In diesem Zusammenhang erntete der Bund wie auch der Kanton Luzern Kritik. Auf Anfrage beim kantonalen Bau-, Wirtschafts- und Umweltschutzdepartement heisst es, eine Enteignung sei eine «Ultima Ratio», also nur das letztmögliche Mittel. Ziel sei immer eine gütliche Einigung mit dem Grundeigentümer. Bis jetzt sei es diesbezüglich zu keiner Enteignung gekommen. (jon)